

Hugo Preuß, die DDP und Versailles

I.

Große Jubiläen werfen ihren Schatten voraus, und das gilt auch für das Jubiläumsjahr 2019, das nicht nur 100 Jahre Weimarer Republik (ganz zu schweigen von 100 Jahren Bauhaus) auf die Tagesordnung setzt, sondern auch 100 Jahre Versailler Vertrag. Es ist bemerkenswert, welche umfassende Bücherernte der Versailler Vertrag bereits vor Beginn des Jahres 2019 getragen hat.

Besonders einschlägig sind die Bände von Eckart Conze, Robert Gerwarth, Gerd Krumeich und Jörn Leonhard, die sich spezifisch mit dem Kriegsende und vor allem Versailles befassen.¹ Die drei deutschen Bücher sind in Publikumsverlagen erschienen, das Thema hat also offenbar Konjunktur.

Die Bücher kommen auch nicht gerade leichtgewichtig daher. Die vier gerade genannten Werke werfen immerhin 558 (Conze), 446 (Gerwarth), 328 (Krumeich) und 1531 Seiten (Leonhard) auf die Wagschale, also insgesamt nicht weniger als 2863 Seiten, von denen mehr als die Hälfte bereits von Jörn Leonhardt geliefert wird. Ein Irrtum wäre es nun allerdings, auf diesen vielen Seiten eine Vielzahl von Informationen zum engeren Thema dieses Aufsatzes zu erwarten, also zum Liberalismus und seiner Rolle beim Versailler Friedensschluss. Tatsächlich sieht es damit sogar recht mager aus. In Leonhards Band wird die Deutsche Demokratische Partei (DDP) acht Mal erwähnt; außer einem Hinweis auf die Ehrenerklärung nach der Verabschiebung des Vertrages in der Nationalversammlung (S. 1017) ist nichts dabei,

¹ Eckart Conze: *Die Große Illusion. Versailles 1919 und die Neuordnung der Welt*. München 2018; Robert Gerwarth: *The Vanquished. Why the First World War Failed to End, 1917-1923*. London 2016; Gerd Krumeich: *Die unbewältigte Niederlage. Das Trauma des Ersten Weltkriegs und die Weimarer Republik*. Freiburg/Basel/Wien 2018; Jörn Leonhard: *Der überforderte Frieden. Versailles und die Welt 1918-1923*. München 2018. Nicht berücksichtigt wurden hier Andreas Platthaus: *18/19. Der Krieg nach dem Krieg. Deutschland zwischen Revolution und Versailles*. Berlin 2018 (da hier der Fokus etwas anders liegt) und Klaus Schwabe: *Versailles. Das Wagnis eines demokratischen Friedens 1919-1923*. Paderborn 2019 (das „erst“ im April 2019 erschien). Über der Flut der neuen Bücher sollten wichtige ältere Abhandlungen nicht vergessen werden; etwa Margaret MacMillan: *Paris 1919. Six Months that Changed the World*. New York 2001, dt. *Die Friedensmacher. Wie der Versailler Vertrag die Welt veränderte*. Berlin 2015.

was für unseren Kontext einschlägig wäre. Bei Conze findet sich über die zunächst einhellige Ablehnung des Versailler Vertragsentwurfes der Satz „Allein die DDP blieb ihrer ablehnenden Haltung treu“ (S. 368), was allerdings auch schon die gesamte Ausbeute darstellt.

Schaut man nach den handelnden Personen des Linksliberalismus, ist die Lage kaum anders. Friedrich von Payer, Fraktionsvorsitzender der DDP, wird zwar einmal von Conze (S. 123), zweimal von Leonhard (S. 103, 243) und viermal von Krumeich (S. 69, 121, 125 f.) erwähnt – aber alle sieben Stellen beziehen sich auf die Regierung des Prinzen Max von Baden. Eugen Schiffer, Vizekanzler und Finanzminister, ab dem 9. Juli als Nachfolger Payers Fraktionsvorsitzender der DDP und als solcher zentral für die Ehrenerklärung, wird lediglich zweimal von Leonhard (S. 437, 1017) erwähnt.

Dies ist nicht als Vorwurf an die Autoren gemeint, sondern als Beleg dafür, dass eine spezifische Untersuchung der Rolle, die die Liberalen in der Nationalversammlung im Zusammenhang des Versailler Vertrages gespielt haben, noch weitgehend aussteht. Und das ist eigentlich erstaunlich, wenn man bedenkt, dass dieser Friedensvertrag immerhin den Grund für den Bruch der Weimarer Koalition bedeutete. Dabei ist die Zahl der liberalen Akteure, die in der Auseinandersetzung um den Versailler Vertrag direkt oder indirekt eine bedeutende Rolle spielten, mindestens ebenso groß wie bei den anderen Parteien der Weimarer Koalition, wenn nicht größer.

II.

Wenn hier von liberalen Akteuren die Rede ist, dann sind damit nur Politiker der DDP gemeint. Die Deutsche Volkspartei (DVP) kommt nicht in Betracht, da sie erstens als Oppositionspartei ohnehin keinen nennenswerten Einfluss auf die Politik nehmen konnte. Es ist zweitens sehr fraglich, ob man die DVP von 1919 als liberale Partei bezeichnen kann; in jedem Fall ist sie antidemokatisch und anti-republikanisch eingestellt. Die DVP ab 1925 mag eine andere Frage sein, doch unser Untersuchungszeitraum ist auf 1919 beschränkt.

Aber auch ohne Stresemann bleiben noch viele Akteure übrig, sei es als direkt beteiligte Delegationsmitglieder in Versailles, sei es als Politiker in Weimar und Berlin. Neben dem großen alten Mann des Linksliberalismus und, ab Juli, Parteivorsitzenden Friedrich Naumann stehen der Fraktionsvorsitzende Friedrich von Payer und die Reichsminister Bernhard Dernburg, Georg Gothein, Hugo Preuß und Eugen Schiffer; letzterer scheidet zwar bereits Mitte April aus dem Kabinett, wird aber am 9. Juli, also nach der Versailler Entscheidung, Payer als Fraktionsvorsitzender ablösen. Conrad Hauffmann war als Vorsitzender des Verfassungsausschusses zumindest am Rande

mitbeteiligt. Zentral in Versailles selbst war natürlich Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau, während des Krieges Botschafter in Dänemark und jetzt Außenminister, der der DDP zumindest nahestand. Walther Schücking war als bekannter Pazifist und Völkerrechtler Mitglieder der Weimarer DDP-Fraktion wie auch der Versailler Friedensdelegation. Als Pazifist spielte auch der Historiker Ludwig Quidde in der Fraktion eine gewisse Rolle.

Nicht unterschätzen darf man auch die Rolle der wichtigsten liberalen Journalisten. Georg Bernhard war der Chefredakteur der „Vossischen Zeitung“, Theodor Wolff der des „Berliner Tageblatts“, und beide spielten mit ihren geschliffenen und meinungsstarken Leitartikeln, aber auch als Mitbegründer der DDP eine Rolle im Minenfeld zwischen Öffentlichkeit und Politik.

Von allen diesen Akteuren sprachen sich am Ende der Verhandlungen, als es angesichts der Entente-Ultimaten nur noch um Annehmen oder Ablehnen ging, lediglich Bernhard und der südwestdeutsche Liberale von Payer für die Annehme des Vertrages aus. Alle anderen, wie auch die DDP-Fraktion insgesamt, votierten für die Ablehnung. Dies soll zunächst nur konstatiert, aber noch nicht bewertet werden. An dieser Frage ist bekanntlich die Weimarer Koalition zerbrochen, und die DDP schied – wenn auch nur für wenige Monate – aus der Regierung aus. Die Frage, die zunächst gestellt werden muss, ist die nach der Willensbildung der liberalen Partei. Warum kam die DDP bei der Bewertung der Vertragsvorlage zu einem völlig anderen Ergebnis als ihre beiden Koalitionspartner?

III.

Von den drei zentralen Akteuren und Entscheidungsträgern, dem Kabinett, der Nationalversammlung und der Delegation in Versailles kam dem Kabinett die geringste Rolle zu. Das ist einigermaßen verwunderlich, denn eigentlich sollte das Kabinett als Leiter der Reichspolitik der primäre Entscheidungsort sein. Dazu kam es nicht, da die Delegation in Versailles und insbesondere deren Leiter, Außenminister Graf Brockdorff-Rantzau, regelmäßig die Vorstellungen des Kabinetts ignorierte – bis hin zur Missachtung direkter Anweisungen.² Unter normalen Umständen hätte ein solches Verhalten die Absetzung des verantwortlichen Ministers zur Folge gehabt, ganz unabhängig von der Frage, wie man die Meriten der jeweiligen Positionen be-

2 Vgl. Michael Dreyer/Oliver Lembcke: Die deutsche Diskussion um die Kriegsschuldfrage 1918/19. Berlin 1993, S. 250 und passim. Zum Außenminister generell siehe Christiane Scheidemann: Ulrich Graf Brockdorff-Rantzau (1869-1928). Eine politische Biographie. Frankfurt a.M. 1998.

urteilen mag. Aber die Umstände waren eben nicht normal. Die Verhandlungszeit in Versailles war kurz, und ein Wechsel an der Delegationsspitze war praktisch kaum möglich – eine Position der Stärke, die Brockdorff-Rantzau bis hin zur direkten Insubordination gegenüber dem Kabinett ausnutzte.

Auch in der Delegation war die DDP stärker vertreten, als es ihrem Gewicht als Partei entsprochen hätte. Neben den Reichsministern Otto Landsberg (SPD) und Johannes Giesberts (Zentrum) sowie dem Präsidenten der Preußischen Landesversammlung Robert Leinert (SPD) gehörten zur Delegation noch der Völkerrechtler und DDP-Abgeordnete Walther Schücking, der Bankier und DDP-Politiker Carl Melchior und natürlich Brockdorff-Rantzau, der der DDP nahestand. Die für die Verhandlungsstrategie der Friedensdelegation wichtigste Untergruppierung waren die vier Autoren der so genannten „Professorendenkschrift“, die zur Aufgabe hatte, der deutschen Alleinschuld am Krieg entgegenzutreten. Hierzu gehörten der Historiker Hans Delbrück, der Völkerrechtler Albrecht Mendelssohn Bartholdy, der Pazifist und ehemalige General Max Graf Montgelas und der Sozialwissenschaftler Max Weber. Delbrück ist als gemäßigt konservativ einzuschätzen – was die Suche nach einer passenden Partei in Weimar schwierig machte, und konsequenterweise schloss sich Delbrück in Weimar auch keiner Partei mehr an, obwohl er im Kaiserreich mit Mandaten im Reichstag und im Preußischen Abgeordnetenhaus durchaus auch als Politiker gewirkt hatte. Weber war Gründungsmitglied der DDP, und die beiden anderen Autoren standen ihr zumindest nahe.

Mit anderen Worten: von den zehn zentralen Akteuren der Friedensdelegation in Versailles gehörten sechs der DDP an oder standen ihr zumindest nahe; ein bemerkenswertes Ungleichgewicht. Dass sich dies zugunsten einer rationalen, abgewogenen und sachorientierten Vorgehensweise ausgewirkt hätte, kann man allerdings nicht behaupten.

Insbesondere am deutschen Außenminister, der die Delegation intellektuell und diplomatisch dominierte, scheiden sich die Geister – sowohl damals wie heute. Unbestritten ist, dass Graf Brockdorff-Rantzau seine Rede anlässlich der Übergabe der Vertragsbedingungen im Sitzen verlas, während der 28 Jahre ältere französische Ministerpräsident Clemenceau seine Rede stehend hielt.³ Unbestritten ist, dass der Kern der Verhandlungsstrategie Brockdorff-Rantzaus darin bestand, die Entente mit einem „Notenkrieg“ zu überziehen

3 Conze: Große Illusion (wie Anm. 1), S. 350, verweist darauf, dass das Sitzenbleiben gegen den Rat der Friedenskommission erfolgt sei – es beruhte also nicht auf Nervosität, sondern war geplant. An gleicher Stelle schätzt Conze den Grafen Brockdorff-Rantzau wie folgt ein: „Hohe Intelligenz paarte sich mit geradezu maßloser Ambition, aber auch Missgunst und Kritikfähigkeit.“ Auch Brockdorff-Rantzau selbst behauptete, er habe sich „nach reiflicher Überlegung“ entschlossen, nach der „hochfahrend[en]“ und „herausfordernd[en]“ Rede von Clemenceau sich nicht zu erheben. Das Original der Aufzeichnung, vermutlich vom Jahreswechsel 1919/20, findet sich im Nachlass Brockdorff-Rantzau im Politischen Archiv

und für alle Sachthemen ganz ausführliche Eingaben und Gegenvorschläge zu machen. Es war Brockdorff-Rantzau, und nicht die Entente, der den Art. 231 des Vertragsentwurfes zum Dreh- und Angelpunkt machte und damit von den Sachfragen auf die Kriegsschuldfrage auswich.⁴ Und es kommt hinzu, dass der Außenminister, wie bereits ausgeführt, mehrfach direkte Anweisungen des Reichskabinetts ebenso direkt unberücksichtigt ließ. Dies alles ist Symbolpolitik gewesen; die Form ist hier wichtiger als die Funktion der einzelnen politischen Handlungen. Es ist darüber diskutiert worden, ob die Verlesung der Rede im Sitzen den schwachen Nerven des Grafen zuzuschreiben war oder ob es eine bewusste Handlung war. Große Teile der deutschen zeitgenössischen Presse interpretierten es als manhaft-deutsche Haltung gegenüber den ehrabschneidenden Bedingungen des Vertrages.⁵ Das Problem war nur, dass dem Grafen nicht deutsche Zeitungsredaktionen gegenübersaßen, sondern die politischen Vertreter der 27 Siegermächte des Ersten Weltkriegs. Und diese nahmen die Symbolpolitik als bewusste Provokation wahr, als typisch deutsche Arroganz auch noch nach dem verlorenen Weltkrieg.

Symbolpolitik ist manchmal angemessen; man denke nur an Willy Brandts Kniefall im Warschauer Ghetto von 1970 oder Kennedys Satz „Ish bin ein Bearleener“ von 1963.⁶ In Versailles war sie nicht angemessen und verkannte zudem die deutsche Position vollkommen. Das muss nicht notwendig heißen, dass bei einem flexibleren und kompromissbereiteren deutschen Auftreten, mit Reden, die stehend gehalten werden, ohne Notenkrieg und ohne Kriegsschuldfrage und unter Beachtung der Berliner Richtlinienkompetenz notwendig ein besseres Ergebnis zu erhandeln gewesen wäre. Die 27 Entente-Mächte hatten sich mühsam auf einen Kompromiss untereinander verständigen müssen, und das gemeinsame Angebot an Deutschland war kaum noch zu ändern. Zudem war die Überzeugung von der deutschen

des Auswärtigen Amtes; es wird wörtlich wiedergegeben in Dreyer/Lembcke: Kriegsschuldfrage (wie Anm. 2), S. 138, Fn. 99. Dort allerdings auch andere Interpretationen, zum Teil von Brockdorff-Rantzau selbst, die die Beweggründe komplex erscheinen lassen.

4 Conze: Große Illusion (wie Anm. 1), S. 322, ist zuzustimmen, wenn er zum Art. 231 konstatiert: „Es ging hier um die deutsche Haftung und nicht um eine prinzipielle Aussage zur Kriegsschuld.“ Ähnlich auch bereits Dreyer/Lembcke: Kriegsschuldfrage (wie Anm. 2), S. 123 ff. Anderer Auffassung, auch zur Rolle Brockdorff-Rantzaus, ist Krumeich: Unbewältigte Niederlage (wie Anm. 1), S. 160 ff.

5 Vgl. Dreyer/Lembcke: Kriegsschuldfrage (wie Anm. 2), S. 140, mit Nachweisen der Reaktionen aus Deutschland und aus dem Ausland. Zur verheerenden Wirkung der Rede in Versailles selbst vgl. auch Conze: Große Illusion (wie Anm. 1), S. 351.

6 Zum Begriff etwa Jens Jessen: Symbolische Politik. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 20/2006 (15. Mai 2006), S. 3-6, sowie auch die anderen Beiträge in diesem Heft. Vgl. auch Carl Deichmann: Symbolische Politik und politische Symbolik. Dimensionen politischer Kultur. Schwalbach am Taunus 2016. Zu Kennedys Rede vgl. Andreas W. Daum: Kennedy in Berlin. Politik, Kultur und Öffentlichkeit im Kalten Krieg. Paderborn 2003.

Kriegsschuld für die Entente so evident, dass es eher auf Verblüffung stieß, dass Deutschland ausgerechnet dieses Thema nach vorne spielte. Höchstwahrscheinlich wären die letztlichen Vertragsbedingungen so oder so die gleichen gewesen. Trotzdem ändert das nichts an der katastrophalen Fehleinschätzung des deutschen Spitzendiplomaten.

Das Stichwort der Symbolpolitik behält auch Bestand, wenn man sich die Reaktionen auf den Vertragsentwurf in Deutschland ansieht. Am 7. Mai – nicht ganz zufällig der vierte Jahrestag der Versenkung der Lusitania durch ein deutsches U-Boot – war der Vertragsentwurf überreicht worden, am 12. Mai kam die Nationalversammlung zu einer Sondersitzung zusammen. Dies geschah bezeichnenderweise nicht in Weimar, sondern in Berlin, und hier auch nicht im Reichstag, sondern in der Aula der Universität, also dem Ort, an dem Fichte 1807/08 seine „Reden an die deutsche Nation“ hielt. Das war bewusst so gewählt, und der Berliner Jurist Wilhelm Kahl, sowohl Professor an der gastgebenden Universität wie DVP-Abgeordneter in der Nationalversammlung ging in seinem Grußwort auf diese Reden von Fichte explizit ein – nicht unbedingt ein im Ausland überzeugender Ausdruck von Friedfertigkeit.

Die Sitzung wurde um 15:13 Uhr vom Parlamentspräsidenten Constantin Fehrenbach eröffnet und um 20 Uhr von ihm wieder geschlossen. In den knapp fünf Stunden dazwischen kamen 18 Redner zu Wort, die genau ausgesucht und nach symbolischen Kriterien für bestimmte Gruppen sprachen. Am einfachsten bekommt man den Überblick über die Redner in einer tabellarischen Zusammenstellung:

Redner	Funktion
Constantin Fehrenbach (Präsident der NV, Z)	Sitzungseröffnung
Prof. Dr. Dr. Dr. Wilhelm Kahl (DVP)	Begrüßung in der Universität
Philipp Scheidemann (SPD)	Reichsregierung
Paul Hirsch (SPD)	Preußischer Ministerpräsident <i>Länder</i>
Hermann Müller (SPD)	SPD
Adolf Gröber (Zentrum)	Zentrum
Clara Schuch (SPD)	<i>Frauen</i>
Conrad Haußmann (DDP)	DDP

Redner	Funktion
Joseph Bitta (Zentrum)	<i>Oberschlesien</i>
Arthur Graf von Posadowsky-Wehner (DNVP)	DNVP
Andreas Blunck (DDP)	<i>Schleswig</i>
Georg Schultz (DNVP)	<i>Posen</i>
Gustav Stresemann (DVP)	DVP
Hugo Haase (USPD)	USPD
Helene Weber (Zentrum)	<i>Eupen-Malmedy</i>
Heinrich Löffler (SPD)	<i>Saar und Pfalz</i>
Alexander Graf zu Dohna-Schlodien (DNVP)	<i>Westpreußen</i>
Ludwig Quidde (DDP)	<i>Pazifist</i>
Constantin Fehrenbach (Präsident der NV, Z)	Nationalversammlung

Man merkt die sorgfältige Regie: zwei der 18 Redner haben in ihrer offiziellen Funktion gesprochen, Nationalversammlungspräsident Fehrenbach und Reichsministerpräsident Scheidemann. Sechs Redner treten für die großen Fraktionen in der Nationalversammlung an, und zwar wesentlich in der Reihenfolge ihrer Größe (SPD, Zentrum, DDP, DNVP; danach waren DVP und USPD vertauscht). Zehn Redner standen für spezielle Interessen, nämlich die Universitäten, die deutschen Länder, die Frauen, die Pazifisten und für sechs Gebiete, deren Abtrennung drohte. Auch bei den Rednern, die speziellen Interessen Gehör verschafften, wurde auf einen Parteiproportz geachtet. Drei Redner (allesamt mit deutlich kürzerer Redezeit als die Fraktionen) gehörten zur SPD, je zwei zu Zentrum, DDP und DNVP, und ein Redner zur DVP – es waren also alle Parteien vertreten, mit Ausnahme der USPD. Vielleicht hat man auf einen zweiten USPD-Redner verzichtet, weil diese Partei von Anfang an – bei aller Ablehnung des Versailler Vertragsentwurfes – darauf hinwies, dass man am Ende wohl oder übel werde unterschreiben müssen.

Damit stand die USPD in der Nationalversammlung allein, jedenfalls am 12. Mai. Alle anderen Parteien, alle anderen Redner legten dar, warum dieser Vertrag inakzeptabel wäre. Diese Haltung gipfelte bereits in der Rede Scheidemanns ganz am Anfang, in der der berühmte Satz fiel: „Dieser Vertrag ist nach Auffassung der Reichsregierung unannehmbar!“⁷ Noch bezeichnender ist die Reaktion der Abgeordneten auf diese Festlegung: „Minutenlanger brausender Beifall im Hause und auf den Tribünen. – Die Versammlung erhebt sich. – Erneutes stürmisches Bravo und Händeklatschen.“ Im Grunde sind die Reden austauschbar, nur die Details wechselten. Fast alle Redner erwähnten an prominenter Stelle auch den vermeintlichen Rechtsfrieden, der Deutschland im Herbst 1918 zugesichert worden sei und der jetzt verletzt würde. US-Präsident Woodrow Wilson machte an diesem Tag endgültig die Metamorphose vom erhofften Retter zum teuflischen Verräter durch.⁸ Am weitesten ging in der Beschwörung des Rechtsfriedens Conrad Haußmann, als er für die DDP erklärte:

„Aber über das hinaus ist der Vertrag rechtswidrig. [...] Und ich spreche aus: Wenn unser Heer und unsere Arbeiter am 5. und 9. November gewußt hätten, daß der Friede so aussähe, dann würde unser Heer und selbst die Soldatenräte die Waffen nicht niedergelegt haben und unsere Arbeiter würden ausgeharrt haben, bevor sie Deutschland so niederwerfen ließen. (Stürmischer Beifall im ganzen Hause.) Der Vertrag ist aber auch unsittlich.“⁹

Drei Reden sind allerdings bemerkenswert in der ansonsten konsensualen Orgie der Ablehnung. Präsident Fehrenbach und der Pazifist Ludwig Quidde waren die einzigen Redner, die die Kriegsschuldfrage ansprachen. Auch in den Medien hatte dieses Thema zwischen der Übergabe des Vertragsentwurfs und der Sitzung in der Berliner Aula kaum eine Rolle gespielt; zu sehr war man damit beschäftigt, sich über die materiellen Bedingungen des Vertrages zu empören. Graf Posadowsky-Wehner und Stresemann sprachen von den Ehrenpunkten des Vertrages, aber damit meinten sie die Auslieferung des Kaisers und Art. 228 des Vertrages – den Art. 231 erwähnten sie nicht. Dies ist ein erneuter Beleg dafür, dass die Zentralität der Kriegsschuldfrage erst durch Brockdorff-Rantzaу und seine Strategie konstruiert wurde, aber keineswegs von Anfang an die Rolle hatte, die sie später bekommen sollte.

Die dritte bemerkenswerte Rede ist die von Hugo Haase, dem USPD-Vorsitzenden und zugleich Fraktionsvorsitzenden seiner Partei. Nur Haase wagte es, auf einige unangenehme (und nicht zur generellen Botschaft passende)

7 Verhandlungen der verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung. Stenographische Berichte, Berlin 1920, Bd. 327, 39. Sitzung, S. 1084.

8 Vgl. zur Rolle Wilsons und der schwankenden Einschätzung in Deutschland Manfred Berg: Woodrow Wilson. Amerika und die Neuordnung der Welt. Eine Biographie. München 2017.

9 Stenographische Berichte (wie Anm. 7), S. 1093.

Fakten zu verweisen, aber auch er prangerte die Situation an der Saar, in Ostpreußen, in Westpreußen und in Deutsch-Österreich an – allerdings mit dem Hinweis, dass die USPD sich gegen Versailles aussprechen könne, da man sich auch dem Frieden von Brest-Litowsk und dem von Bukarest verweigert habe. Niemand sonst erwähnte die beiden Friedensschlüsse aus der Zeit, in der man noch an den Sieg im Weltkrieg glaubte. Und dann fügte er hinzu:

„Das deutsche Volk muß jetzt furchtbar für die Verbrechen und Sünden seiner Herrschenden büßen. Die ausschweifendsten Gewaltpolitiker, die am meisten dazu beigetragen haben, daß das deutsche Volk in das tiefste Unglück gestürzt ist, versuchen jetzt, von den Spuren abzulenken und die Revolution für das verantwortlich zu machen, was das deutsche Volk zu erdulden hat und noch zu ertragen haben wird. Dieses unehrliche Bemühen muß erfolglos bleiben; denn es ist historische Wahrheit, daß Hindenburg und Ludendorff Ende September vorigen Jahres der Regierung erklärt haben, da der Krieg für das deutsche Volk nicht mehr zu gewinnen sei, daß sie seine Fortführung nicht mehr verantworten könnten, und daß deshalb ein sofortiger Waffenstillstand nachgesucht werden müßte. Die Schuld an der Katastrophe tragen die deutschen und habsburgischen Militaristen, die in der imperialistisch überhitzten Atmosphäre des Sommers 1914 den Weltkrieg entzündet haben, tragen alle diejenigen, die die Kriegspolitik der früheren Regierung unterstützt, die den Krieg verlängert und es auch noch nach dem Waffenstillstand verhindert haben, daß mit dem alten Regime endgültig gebrochen wurde. [...] Für unser Volk ist der Friedenszustand unentbehrlich, es braucht ihn schleunigst, um leben zu können.“

Haase fügte aber auch noch hinzu:

„Wir erkennen mit Befriedigung an, daß die Sozialisten der anderen Länder sofort mit größter Entschiedenheit das Werk der eigenen Regierungen bekämpfen und für einen gerechten Frieden für Deutschland eingetreten sind. Ob sie schon jetzt Erfolg haben werden, ist sehr zweifelhaft. Aber in allen Ländern ist der Boden revolutionär unterwühlt: die Weltrevolution ist auf dem Marsche, mag sie auch langsamer weiterschreiten, als es vielen von uns erwünscht ist. Sie wird überall die Befreiung des Proletariats und damit die Befreiung der Menschheit bringen, sie wird auch den Friedensvertrag, der uns jetzt aufgezwungen wird, revidieren.“¹⁰

Damit lag er natürlich endgültig außerhalb der gesamten Sitzungsregie, und die Mehrheitsparteien machten im weiteren Verlauf der Rede ihren Unmut deutlich.

Der für die DDP sprechende Conrad Haußmann war nicht in dieser Gefahr. Ein Teil der Rede ist oben bereits zitiert worden; er gibt den Geist der Ausführungen adäquat wieder. Für Haußmann wollten die Entente-Mächte

10 Beide Stellen ebd., S. 1103 f.

in dem Entwurf die „Grundsätze der Demokratie vergewaltigen“,¹¹ ja, schlimmer noch: „Dieser Friede ist die Fortsetzung des Kriegs mit anderen Mitteln.“ Jetzt erst zeige sich der „Vernichtungswille der Entente“; er sei „eine neue Form von langsamer Folterung eines ganzen Volks“, er ist „Ausdruck und Anstiftung zu einer Verrohung des Völkerrechts, wie sie bisher noch niemals dagewesen ist“, er „entrechtes und entmannt die Souveränität des deutschen Volks“. Haußmann erwähnte die Verletzungen des Völkerrechts, die Gebietsabtretungen und den verbotenen Anschluss Österreichs als Beispiele hierfür. Die Moral sah Haußmann verletzt im Art. 227, der die Anklage gegen Kaiser Wilhelm II. vorbereitete – auch hier also werden die eigentlichen Strafbestimmung aus Teil VII des Vertrages bemüht, und nicht der Art. 231 aus Teil VIII des Vertrages. Der Gipfel der Rede war vorhersehbar:

„Wir sind wehrlos, aber nicht willenlos. Der Feind kann offen Gewalt anwenden, er kann den Krieg fortführen gegen Waffenlose, er kann einen Landvogt ins Land setzen. Wir aber können und müssen erklären, und ich erkläre es namens meiner Freunde, daß dieser Vertrag unannehmbar ist. Das ist unser fester einmütiger Willen, komme was da kommen mag. Es kann nicht schlimmer kommen, als die Selbstauflegung dieses Jochs für uns bedeuten würde. (Stürmisches Beifall und Händeklatschen.) Der Feind wird einmarschieren. Er kann die Hungerblockade machen. Er kann der Welt das Schauspiel und den Tatbestand einer Hungererpressung geben. Aber der Anblick dieses Martyriums der Vaterlandsliebe wird für uns nur für Gerechtigkeit werben, auch in den Herzen aller anständigen Ausländer.“¹²

Der Appell an die Weltmoral ist im Grunde eine Abkehr von der Politik und damit, hinter aller Rhetorik des Widerstandes, ein Eingeständnis des Scheiterns der eigenen Linie. Die Realität im Land sah anders aus.

Bezeichnend als Indikator für die wahre Stimmung ist ein Bild des Reichstags mit der handschriftlichen Kennzeichnung „Massendemonstration gegen den Gewaltfrieden am 15. Mai 1919 vor dem Reichstagsgebäude“.¹³ Man sieht eine Menschenmenge, die sicherlich einige Tausend Köpfe zählen mag. Wenn der Großraum Berlin nicht mehr Menschen zu einer „Massendemonstration“ zusammenbringen konnte, dann war dies ein Warnsignal an die Politik, dass die Bevölkerung ganz andere Sorgen hatte. Im Großraum Berlin lebten immerhin ca. vier Millionen Menschen; ein Jahr später, bei Inkrafttreten des Großberlin-Gesetzes, sollte das neue Großberlin die drittgrößte Stadt der Welt werden.

11 Alle Stellen ebd., S. 1092 f.

12 Ebd. S. 1093.

13 https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Mass_demonstration_in_front_of_the_Reichstag_against_the_Treaty_of_Versailles.jpg (Zugriff 26.5.2019.).

Zur Vorsicht mahnt auch Ernst Troeltsch, dessen „Spectator-Briefe“ in der Regel eine sehr gute Einschätzung der Lage liefern. Am 26. Juni, also sechs Tage nach dem Rücktritt der Regierung Scheidemann, vier Tage nach der notgedrungenen erfolgten Zustimmung der Nationalversammlung zum Vertrag und zwei Tage vor der Unterzeichnung des Vertrages in Versailles, konstatierte er:

„Je mehr man im Lande, namentlich im Westen, dem Wiederaufleben des Krieges als ernsthafter Konsequenz dieser Politik ins Auge sehen mußte, um so mehr entstand Widerwille vor neuem Krieg. Ein absolutes Friedensbedürfnis erfüllte die Massen, die nicht mehr wollten und nach der Äußerung von kundigen Führern auch nicht mehr konnten. Die Leute sind körperlich und seelisch gebrochen durch all die Leiden und Stürme der letzten Zeit.“¹⁴

Dieser nüchternen Betrachtung entspricht auch die Aktenlage. Die Zeitungen berichten zwar immer wieder von machtvollen Demonstrationen gegen den Diktatfrieden, aber die Berichte, die in der Reichskanzlei und im Reichsinnenministerium von deren Vertretern vor Ort eingehen, sprechen eine andere Sprache. Hier wird bitter geklagt über das Desinteresse der Bevölkerung an Friedensfragen. Tatsächlich sei die Bevölkerung nur am Tanzen und an Vergnügungen interessiert, nicht aber an einer Mobilisierung gegen den Diktatfrieden.¹⁵

IV.

Hugo Preuß war trotz seiner Position als Reichsinnenminister an all diesen Vorgängen erstaunlich wenig beteiligt. Als Minister ohne Abgeordnetenmandat stand er außerhalb der Fraktion, und zudem hatte er mit der Weiterführung des Verfassungsentwurfes und den Verhandlungen im Verfassungsausschuss ohnehin genug zu tun.

Schon 1919 legte er in der undatierten Einschätzung der Lage einen größeren Realismus an den Tag als seine ablehnenden Parteifreunde:

„Der feindliche Entwurf war das Resultat monatelanger mühseliger Verhandlungen zwischen den Alliierten gewesen; jede Abänderung an irgend einem wesentlichen Punkte mußte den kaum erreichten und viel umstrittenen Ausgleich der

14 Ernst Troeltsch: Die Fehlgeburt einer Republik. Spektator in Berlin 1918 bis 1922. Zusammengestellt und mit einem Nachwort versehen von Johann Hinrich Claussen. Frankfurt a.M. 1994, S. 58 (26. Juni 1919).

15 Nachweise hierzu in Dreyer/Lembcke: Kriegsschuldfrage (wie Anm. 2), S. 157 ff.

einander mannigfach durchkreuzenden Interessen der Verbündeten wieder in Frage stellen. Warum sollten sie sich dieser Gefahr aussetzen?“¹⁶

Aber ganz konnte sich auch Hugo Preuß dem vorherrschenden Geist seiner Partei nicht entziehen, denn er fährt fort, dass Deutschland mit der Ablehnung von Versailles nicht nur sich selbst, sondern auch die Entente in Gefahr gebracht hätte:

„Und diese Gefahr konnte nach Lage der Dinge nur eine einzige sein: daß sich nämlich keine geordnete, im Besitz organisierter Macht befindliche Regierung in Deutschland finden werde, die die Versailler Bedingungen annähme. Die Entente mußte also vor die Wahl gestellt werden: entweder ihre Bedingungen in der Richtung der deutschen Gegenvorschläge wesentlich zu modifizieren, oder keine Regierung in Deutschland zu finden, mit der sie Frieden schließen konnte; abgesehen etwa von den Unabhängigen ohne Nationalversammlung und mit allen Folgen eines solchen Zustandes. Das war also der allein entscheidende Punkt.“¹⁷

Damit war er dann doch wieder auf der Parteilinie gelandet, wenn auch nur für einen Augenblick. Immerhin hatte Preuß auch damals schon genügend Urteilsvermögen, dass er diese Überlegungen nicht veröffentlichte. Es sind private Aufzeichnungen, die sich im Nachlass wiederfinden, die aber offenbar nicht für die öffentliche Debatte gedacht waren. Mit einem Abstand von der Unterzeichnungskrise, die ja zugleich auch eine Regierungskrise wurde und den Reichsinnenminister um sein politisches Amt bringen sollte, fällt die Nüchternheit der Überlegungen von Preuß auf. Und das gilt gerade im Kontrast zur offiziösen Linie in der deutschen Außenpolitik, die sich mehr und mehr auf den Irrweg der Revision über den Art. 231 versteifte.

1920, in einem Artikel im „Berliner Tageblatt“, betrachtet Preuß die Wirkungen des Vertrages auf die demokratischen Institutionen und die demokratische politische Kultur in Deutschland, und hier, nicht in den konkreten Einzelbestimmungen, sieht er das eigentliche Problem:

„Ob die Unterzeichnung des beispiellosen Friedens von Versailles das äußere Schicksal Deutschlands gerettet oder auch nur gebessert habe, sei hier nicht erörtert. Unzweifelhaft aber hat keine andere Tatsache ärger und verhängnisvoller das Geschick der deutschen Demokratie im Innern beeinflußt. Nichts hat so mächtig die Wirkung jener Agitation gefördert, die von der Lüge lebt, daß der demokratische und der nationale Gedanke Gegensätze seien. [...] Seitdem [...] die Bedingungen von Versailles und ihre Folgeerscheinungen immer mehr die Hoffnungen vernichten, daß es für den deutschen Staat überhaupt eine Rettung gäbe, erheben wieder die Lobredner und Nutznießer der durch ihre eigene Schuld gestürzten al-

16 Hugo Preuß: Aufzeichnungen über die Friedenskrise. In: Bundesarchiv Berlin, Nachlass Hugo Preuß, 90 Pr 1, Bd. 1, Bl. 24. Vgl. zum Gesamtkomplex Michael Dreyer: Hugo Preuß. Biografie eines Demokraten. Stuttgart 2018, S. 391 f.

17 Preuß: Aufzeichnungen (wie Anm. 16), Bl. 25.

ten Mächte schadenfroh ihr Haupt. Und ihre weder durch politische Einsicht noch durch staatliches Verantwortlichkeitsgefühl gehemmte Hetze findet starken Widerhall im Volke, das durch seine geschichtliche Vergangenheit aller demokratischen politischen Selbstzucht entwöhnt wurde, und von der übermütigen Rücksichtslosigkeit seiner Besieger zur Verzweiflung getrieben wird. Diese Gewaltpolitik macht es jenen Hetzern leicht, die eigene Gewaltpolitik der Vergangenheit zu rechtfertigen und auf ihre Wiederaufnahme in der Zukunft als einzige Rettung zu verweisen. Aber wenn die Gewaltpolitik der Mächtigen verwerflich ist, so ist eine Gewaltpolitik der Ohnmächtigen verbrecherischer Irrsinn.“¹⁸

Also strukturelle Argumente an Stelle von Moral und Gerechtigkeit. Dieser Linie wird Preuß auch in seinen weiteren Äußerungen zur Thematik treu bleiben. Das Problem ist nicht der vermeintliche Rechtsfrieden, sondern die politische Dummheit, mit der die Siegermächte den Feinden der Demokratie Munition geliefert hatten. Dieser Gedanke zieht sich auch durch die späteren Bemerkungen von Hugo Preuß zum Versailler Vertrag. In den „Bergbriefen“ von 1921 beklagt er sich bitter darüber, dass 1814/15 die Solidarität der Reaktionäre größer gewesen sei als 1918/19 die der Demokraten.¹⁹ 1922 folgt in der „Deutschen Revue“ ein Aufsatz über „Republik oder Monarchie?“, in dem Preuß der Entente vorwirft, sie habe angeblich für die Demokratie gekämpft hätten, den Sieg aber auf eine Art genutzt, „die nicht nur den Prinzipien der Demokratie, sondern jeder vernünftigen Politik ins Gesicht schlägt“.²⁰ Wieder ein Jahr später, 1923, versteigt er sich gar zum Wort vom „verbrecherische[n] Wahnsinn des Versailler Diktats“,²¹ dessen Unerfüllbarkeit von Anfang an außer Frage gestanden habe. Und er fährt fort:

„Und weil sich das neue Reich nun einmal zum Allerunmöglichsten verpflichtet hatte, konnten ihm in der Folge die Gegner unter dem falschen Schein der Milde rung immer wieder Unmögliches auferlegen und so die deutsche Demokratie von Demütigung zu Demütigung zerren und ihre Regierungen eine nach der anderen unmöglich machen.“²²

Und die 1924 erschienene Aufsatzsammlung „Um die Reichsverfassung von Weimar“ beginnt mit einem fiktiven Interview, in dem Preuß einem nicht nä-

- 18 Hugo Preuß: Nationale Demokratie. In: Ders.: Gesammelte Schriften. Bd. 4: Politik und Verfassung in der Weimarer Republik. Hrsg. von Detlef Lehnert. Tübingen 2008, S. 151-155, hier S. 152. Erstmals Berliner Tageblatt, Nr. 454 v. 26.9.1920.
- 19 Hugo Preuß: Bergbriefe. Frankfurt a.M. 1921, S. 8. Auch in ders., Gesammelte Schriften. Bd. 4 (wie Anm. 18), S. 194-211, hier S. 199.
- 20 Hugo Preuß: Republik oder Monarchie? Deutschland oder Preußen? In: Ebd., S. 221-241, hier S. 240. Auch in ders.: Staat, Recht und Freiheit. Hrsg. von Theodor Heuss. Tübingen 1926, S. 446-473, hier S. 472 (erstmals Deutsche Revue 1922).
- 21 Hugo Preuß: Deutschlands Republikanische Reichsverfassung. 2. erw. Aufl. Berlin 1923, S. 100. Auch abgedruckt in Ders., Gesammelte Schriften. Bd. 4 (wie Anm. 187), S. 307-363, hier S. 355.
- 22 Ebd., S. 101 bzw., S. 356.

her bezeichneten „Amerikaner“ Rede und Antwort steht. Preuß beklagt sich dort, dass Deutschland „von den siegreichen Demokratien unter Verhöhnung jedes Rechts und ihrer eigenen Prinzipien gedemütigt, mit Füßen getreten und immer tiefer ins Elend herabgedrückt“ worden sei.²³

Die Argumentation bleibt über die Jahre hinweg konsistent. Es geht Preuß nicht um die Verletzung der Ehre oder gar den Kriegsschuldsparagraphen, auch nicht um den verletzten Rechtsanspruch (auch wenn hier gelegentlich Reminiszenzen auftauchen), sondern um das Funktionieren der deutschen Demokratie, das durch die Vorgaben der Entente substantiell gefährdet sei – womit die Entente-Mächte letzten Endes sogar ihren eigenen Interessen entgegen handelten.

V.

Das sind Überlegungen, die *ex post facto* angestellt werden. Es wäre allerdings illusorisch, anzunehmen, dass Preuß im Juni 1919 irgendjemanden in seiner Fraktion eines Besseren hätte belehren können, selbst wenn er es gewollt hätte. Als Minister ohne Abgeordnetenmandat stand er ohnehin außerhalb der Machtverhältnisse, zudem einzelne Abgeordnete wie etwa der ehrgeizige Erich Koch-Weser ohnehin lieber sich selber als den Außenseiter Preuß auf dem Posten des Ministers gesehen hätten. Koch-Weser, einer der schärfsten Trommler für die Ablehnung des Vertrages, sollte seinen Traum erfüllt sehen. Als die Demokraten nach einer Schamfrist von wenigen Monaten im Oktober 1919 wieder in das Kabinett Bauer eintraten, übernahm er den Posten von Preuß.²⁴

Vor allem aber waren es Graf Brockdorff-Rantzau und Walther Schücking, die die DDP-Fraktion auf das „nein“ einschworen. Mit dem moralischen Gewicht und dem Insiderwissen der Friedensverhandlungen konnten die beiden Versailler Delegierten jetzt die Fraktion überzeugen, in der Schücking ja auch Mitglied war. Am 19. Juni, also einen Tag vor dem Bruch der Koalition, hielt Schücking eine flammende Rede in der Fraktion, auf die er offenbar so stolz war, dass er sie später veröffentlichte. Neben den bekannten Argumenten wies er auch darauf hin, dass Deutschland vom Völkerbund

23 Hugo Preuß: Um die Reichsverfassung von Weimar. Berlin 1924, S. 10. Auch in ders.: Gesammelte Schriften. Bd. 4 (wie Anm. 18), S. 367–438, hier S. 369. Preuß schreibt diese Auffassung zwar nicht genauer benannten Gegnern der Demokratie zu, aber er macht sie sich in diesem Aspekt auch zu eigen.

24 Vgl. Michael Dreyer: Hugo Preuß (wie Anm. 16), S. 394, Fn. 225.

ausgeschlossen bleibe, während dort „(d)ie Negerrepublik Liberia [...] ihren gesicherten Platz“ habe.²⁵

Nicht durchsetzen konnte sich Friedrich von Payer, der Fraktionsvorsitzende. Als Südwestdeutscher schätzte er die Gefahren eines Einmarsches der französischen Truppen in die Grenzregionen anders ein als der Graf aus dem schleswig-holsteinischen Uradel oder der Marburger Gelehrte. Payer sah in Versailles – wie bereits Haase in der Sitzung vom 12. Mai – das Vorbild von Brest-Litowsk und den deutschen Vormarsch, der sich dort an die zunächst ablehnende Haltung der Sowjetregierung gegenüber den Vertragsbedingungen angeschlossen hatte. Später notierte Payer: „Wie konnte man denn eigentlich annehmen, die Franzosen und Belgier werden uns gegenüber schorender verfahren?“²⁶ Damit hatte sich der Vorsitzende aber dermaßen weit von seiner Fraktion entfernt, dass ihm nur noch der Rücktritt blieb.

An Payers Stelle trat Eugen Schiffer, der ähnlich wie Koch-Weser nicht von Selbstzweifeln geplagt war. Als erstes verlangte er den Rücktritt der DDP-Minister aus der Regierung und hielt auch die Reaktion darauf fest: „Dernburg und Preuß machen saure Gesichter.“²⁷ Es half nichts, die DDP schied aus der Regierung aus, und auch Hugo Preuß, der sein Amt ja weit eher dem Volksbeauftragten und nunmehrigen Reichspräsidenten Ebert als seiner Partei verdankte, fühlte sich an die Parteidisziplin gebunden. Immerhin blieb er auf Drängen Eberts als „Reichskommissar“ (ein direkt für Preuß neu geschaffenes, nirgendwo vorgesehenes Amt) noch soweit und so lange im Amt, dass er die letzten Wochen der Verfassunggebung weiterhin mit seiner juristischen wie politischen Expertise begleitete.

Der Bruch der Weimarer Koalition und das Ausscheiden der DDP aus dieser Koalition war weitgehend Symbolpolitik gewesen. Weder ließ sich auf diese Art der Versailler Vertrag verhindern, noch hatte die DDP der bisherigen gemeinsamen Regierungspolitik vollkommen den Rücken zugedreht. An den Beratungen zur Verfassung nahm die DDP weiterhin konstruktiv und produktiv teil; mit Conrad Haußmann als Vorsitzendem des Verfassungsausschusses und Hugo Preuß als nunmehrigem Reichskommissar stellte sie ja auch unverändert zwei der zentralen Spieler in diesem nun wieder in den Mittelpunkt rückenden Politikfeld. Am Ende stimmte die DDP der Verfassung mit großer Geschlossenheit zu, mehr sogar als die hauptsächliche Regierungspartei SPD, bei der viele Abgeordnete aus Unzufriedenheit über die nicht erfolgte Sozialisierung wenigstens von Teilen der Wirtschaft der Abstimmung fern blieben.

25 Walther Schücking: Annehmen oder ablehnen? Rede in der Fraktion der Demokratischen Partei zu Weimar am 19. Juni 1919. Als Manuskript gedruckt. Berlin o.J. [1919], S. 9.

26 Friedrich von Payer. Von Bethmann Hollweg bis Ebert. Erinnerungen und Bilder. Frankfurt a.M. 1923, S. 297.

27 Eugen Schiffer. Tagebuch. Bundesarchiv Koblenz, Nachlass Schiffer, N 1191, Nr. 1, Bl. 55.

In gewisser Weise hatte das Ausscheiden der DDP die weitere Arbeit an der Verfassung sogar einfacher gemacht. Der letzte große Streitfall, der bis in die letzten Tage der Verfassungsberatungen hinein nicht gelöst werden konnte, war der sogenannte Schulkompromiss. Letzten Endes einigten sich Zentrum und SPD auf eine gemeinsame Linie, die den Einfluss der Kirchen auf das Schulwesen im wesentlichen beseitigte, zugleich aber auch religiös bestimmten Privatschulen eine Daseinsberechtigung zusprach. Aber um zu diesem Kompromiss zu gelangen, musste das Zentrum kurz vor Toresschluss noch mit dem Koalitionsbruch drohen. Es ist eine offene Frage, ob die Anwesenheit der laizistischen DDP in der Reichsregierung diesen Kompromiss erleichtert oder nicht vielmehr erschwert hätte.

Dieser Aspekt ist natürlich ein nicht intendierter „outcome“ des Ausscheidens der DDP aus der Regierung. Auf den unmittelbaren Friedensabschluss hatte das Ausscheiden keine Auswirkungen, und man kann vielleicht auch davon ausgehen, dass für manchen DDP-Abgeordneten aus grenznahen Regionen die mannhafte Vertragsverweigerung auch dadurch erleichtert wurde, dass die Mehrheit für den Versailler Vertrag niemals in Gefahr stand. Aber das ist natürlich nur Spekulation. Jedenfalls standen SPD, Zentrum und die in dieser Frage von Anfang an realistischen USPD-Abgeordneten ganz überwiegend zusammen, und die Verantwortungslosigkeit der DDP – oder ihr Eintreten für Recht und Moral, je nach Sichtweise des Beobachters – blieb ohne direkte Konsequenzen.

VI.

Die Nationalversammlung stimmte am 22. Juni mit 237 gegen 138 Stimmen bei fünf Enthaltungen dem Friedensvertrag zu und ebnete damit den Weg für dessen Unterzeichnung sechs Tage später in Versailles. Gegen den Vertrag gestimmt hatten außer den meisten DDP-Abgeordneten auch die DNVP und die DVP sowie vereinzelte Abgeordnete der verbleibenden Regierungsparteien, die überwiegend aus den Gebieten stammten, die nunmehr von Deutschland abgetrennt werden sollten.

Immerhin gaben DVP und DDP eine sogenannte „Ehrenerklärung“ ab, die den für den Vertrag stimmenden Abgeordneten bescheinigte, dass auch sie aus ehrenwerten Gründen und nach ihrem Gewissen gehandelt hatten – eine Erklärung, die von der DNVP entgegen ursprünglichen Abmachungen verweigert wurde.²⁸ Die Gefahr einer Mehrheit für die Ablehnung des Vertrages war nie gegeben, und damit musste auch keiner der Vertragsgegner

28 Der Abgeordnete Georg Schultz (Bromberg) erklärte für die Fraktion der DNVP: „Sie setzt als selbstverständlich voraus, daß jedes Mitglied der Nationalversammlung seine eigene

letzten Endes darlegen, wie es nach der Ablehnung hätte weitergehen sollen. Preuß' Überlegung, dass es dann eben in Deutschland keine Regierung geben werde, mit der die Entente einen Vertrag hätte abschließen können, war schon eine der ausgefeilteren Vorstellungen. Als praktikabel wird man sie kaum bezeichnen könnten.

Erst jüngst hat Eckart Conze darauf verwiesen, dass es schon seit Mai 1919 Einmarschpläne gab, die von Marschall Foch ausgearbeitet worden waren. Der französische Einmarsch in die Rheinlande und in Südwestdeutschland war also nicht nur ein Schreckgespenst, sondern konkrete Planung. Matthias Erzberger, der die demütigenden Verhandlungen um die Waffenstillstandsverlängerungen hatte führen müssen, war anscheinend einer der wenigen, der offen aussprach, dass die Vertragsablehnung „Finis Germaniae“ bedeuten würde. Conze kommentiert lapidar: „Und er hatte recht mit seinem Szenario.“²⁹

Brockdorff-Rantzau und Erzberger waren gewissermaßen die Verkörperung des Gegensatzes innerhalb des demokratischen Lagers. Beide litten nicht an geringem Ego, und beide waren davon überzeugt, den einzigen Weg aus der deutschen Misere 1919 in Händen zu halten. Erzberger setzte sich durch, aus guten Gründen, aber mit enormen Kosten für ihn selbst, die in seiner Ermordung gipfelten. Der Hass auf Erzberger war nicht auf offensichtliche Gegner wie den DNVP-Politiker und ehemaligen Vizekanzler des Reiches Karl Helfferich begrenzt.³⁰ Er reichte bis weit in die DDP hinein, und die Äußerungen von Theodor Wolff im „Berliner Tageblatt“, Brockdorff-Rantzau und anderen über Erzberger entsprechen weitgehend denen von Helfferich. Harry Graf Kessler notiert in seinem Tagebuch schon am 23. Juni 1919, „daß Erzberger das Schicksal Liebknechts teilen wird. Allerdings nicht wie Liebknecht unverdientermaßen, sondern durch seine unheilvolle Tätigkeit selbstverschuldet“.³¹ Dem lässt sich kaum noch etwas hinzufügen.

Stellung nach bestem Wissen und Gewissen einnimmt.“ Eine solche „Ehrenerklärung“ war natürlich deutlich weniger wert als die Erklärung von Schiffer für die DDP: „Im übrigen habe ich zu erklären, daß bei meinen politischen Freunden kein Zweifel in die vaterländische Gesinnung und Überzeugung auch derjenigen gesetzt wird, die gestern mit Ja gestimmt haben.“ Für die DVP sagte der Abgeordnete (und spätere Justizminister in den Kabinetten Fehrenbach und Cuno) Rudolf Heinze: „Selbstverständlich erkennen wir an, daß auch die Gegner unserer Ansicht nur aus vaterländischen Grünen handeln.“ Alle drei Zitate sind aus der 41. Sitzung der Nationalversammlung vom 25. Juni 1919; Stenographische Berichte (wie Anm. 7), S. 1140 f. Vgl. auch Conze: Große Illusion (wie Anm. 1), S. 370 f.

29 Conze: Große Illusion (wie Anm. 1), S. 366.

30 Gleichwohl ist die Hetze von Helfferich beispiellos; vgl. etwa Karl Helfferich: Fort mit Erzberger! Berlin 1919. Die Gegenschrift, Matthias Erzberger: Erzberger gegen Helfferich. Berlin 1920, fand deutlich weniger Aufmerksamkeit.

31 Die Tagebücher sind neben verschiedenen Editionen auch Online zugängig; <https://gutenbergrg.spiegel.de/buch/tagebucher-1918-1937-4378/2> (Zugriff 22.4.2019). Zum Hass auf Erzberger etwa Dreyer/Lembcke: Kriegsschuldfrage (wie Anm. 2), S. 143 ff. und S. 174 f.; Conze: Große Illusion (wie Anm. 1), S. 370 f. Vgl. auch Torsten Oppelland: Matthias Erz-

1919 ist kein Ruhmesblatt in der Friedensgeschichte des Liberalismus. Man ließ sich von Sirenengesängen aus den eigenen Reihen locken, die einen katastrophalen Kurs vorschlugen. Von den eingangs genannten Akteuren haben sich am Ende nur Friedrich von Payer und Georg Bernhard trotz allen Bedenken für den Friedensvertrag ausgesprochen. Alle anderen traten für die Ablehnung des Vertrages ein. Wenn die liberalen Politiker sich durchgesetzt hätten, hätte die deutsche staatliche Einheit mit hoher Wahrscheinlichkeit 1919 ihr Ende gefunden.

berger – der vergessene Märtyrer. In: Michael Dreyer/Andreas Braune (Hrsg.): Weimar als Herausforderung. Die Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert. Stuttgart 2016, S. 175-188.